

03.02.2009

Antrag zur sofortigen Beratung und
Beschlussfassung



Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster

Windthorststr. 7
48143 Münster

Fon 0251 / 8 99 58 10
Fax 0251 / 8 99 58 15
ratsfraktion@gruene-muenster.de
www.gruene-muenster.de

„Hier geboren — hier zuhause: Münster für ein
Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete
Menschen!“

Der Rat möge folgende Resolution beschließen:

**Hier geboren — hier zuhause: Münster für ein Bleiberecht für langjährig
hier lebende geduldete Menschen!**

Der Rat der Stadt Münster hat in seiner Sitzung am 15. Februar 2006 auf Anregung des
Ausländerbeirates eine Resolution verabschiedet, in der er eine rechtssichere und damit
humanitäre Lösung des Bleiberechts für länger in Deutschland geduldete Flüchtlinge
fordert. In der Novembersitzung desselben Jahres hat der Rat die Intention der Initiative
des Ausländerbeirates erneut aufgegriffen und sich für ein wirksames Bleiberecht für
langjährig hier lebende geduldete Menschen eingesetzt. Im April 2008 bitten alle
Ratsfraktionen in einem gemeinsamen Brief den Oberbürgermeister der Stadt Münster um
seine Unterstützung in der Umsetzung der neuen Bleiberechtsregelung.

Für das Greifen dieser so genannten Altfallregelung vom August 2007 ist es erforderlich,
dass die Menschen, die in Deutschland nur geduldet sind, sich jedoch bereits seit acht
bzw. als Familie seit sechs Jahren hier aufhalten, am Stichtag, dem 31.12.2009,
nachweisen können, dass sie in den letzten 30 Monaten überwiegend bzw. mindestens
seit dem 01. April 2009 ohne öffentliche Sozialleistungen durch Erwerbstätigkeit ihren
Lebensunterhalt bestreiten können. Dies ist für viele jedoch wegen struktureller Barrieren
unmöglich. Vor dem Hintergrund des Ablaufs der Altfallregelung beschließt der Rat der
Stadt Münster:

- Der Rat stellt mit Bedauern fest, dass die bislang getroffenen Regelungen nicht dazu
geführt haben, dass der Großteil der langjährig hier lebenden geduldeten Menschen
ein wirksames Bleiberecht erhielt.
- Der Rat der Stadt Münster appelliert daher an den Deutschen Städtetag und an den
Innenminister NRW, sich für eine kurzfristige Nachbesserung der Bleiberechtsregelung
einzusetzen. So muss **sofort** der Zeitraum der Altfallregelung deutlich verlängert
werden!
- Der Rat der Stadt Münster appelliert darüber hinaus an den Deutschen Städtetag und
an den Innenminister NRW, sich längerfristig für eine Nachfolgeregelung zur jetzigen
Bleiberechtsregelung einzusetzen, die keine Stichtagregelung enthält.
- Der Rat der Stadt Münster begrüßt, dass inzwischen das ESF-Bundesprogramm zur
arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum
Arbeitsmarkt aufgelegt wurde, um die Integration von langjährig hier lebenden
geduldeten Menschen zu unterstützen.

Begründung

Es zeichnet sich ab, dass bei einem Großteil der langjährig hier lebenden geduldeten
Menschen die Altfallregelung nicht dazu führt, dass sie ein wirksames Bleiberecht erhalten.

Alle, die zum Stichtag die Kriterien nicht erfüllen, bleiben weiter nur geduldet. Neue Geduldete werden hinzukommen und können von vornherein nicht von der Regelung profitieren. Damit wird es wieder zu Kettenduldungen kommen. Deshalb ist eine Nachfolgeregelung zur jetzigen Bleiberechtsregelung ohne Stichtagregelung sinnvoll.

Damit möglichst viele geduldete Menschen von der jetzigen Bleiberechtsregelung profitieren können, muss sie kurzfristig nachgebessert werden. Die Gründe für das Nichtgreifen der Regelung sind vielfältig (Zeiträume und zeitliche Bedingungen sind zu kurz, strenge Ausschlusskriterien, Bewilligungspraxis). Genannt seien hier nur: die aktuelle Wirtschaftskrise, der große Billiglohnsektor, bei dem mit ALG II aufgestockt werden muss (ALG II ist für die Berechnung des Einkommens lt. Bleiberecht "schädlich"), die Tatsache, dass unbefristete Verträge schwer zu erreichen sind. Fazit: Viele Geduldete werden bis zum 1.4.2009 keine Möglichkeit haben, ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis zu beginnen, darunter insbesondere Menschen, die eine Familie versorgen müssen. Damit werden sie am Stichtag die Voraussetzungen nicht erfüllen, der Stichtag muss sofort nach hinten verschoben werden.

Das angeführte Bundesprogramm, das seit Ende 2008/ Anfang 2009 in der Umsetzung befindlich ist, wird voraussichtlich nicht dazu führen, dass der betroffene Personenkreis die Voraussetzungen der Altfallregelung erfüllt, ist für ihn aber ein große Hilfe, um Zugang zu dem Arbeitsmarkt zu erhalten.

gez. Dr. Brigitte Hasenjürgen
gez. Helga Bennink
gez. Wilhelm Breitenbach
gez. Manfred Kehr
gez. Hery Klas

gez. Maria Klein-Schmeink
gez. Karina Kuschewski
gez. Jutta Möllers
gez. Jörn Möltgen
gez. Carsten Peters

gez. Tim Rohleder
gez. Ilse Schleef
gez. Dr. Rita Stein-Redent
gez. Brigitte von Schoenebeck

Einstimmiger Beschluss des Rates am 08. November 2006

Resolution

Hier geboren - hier zuhause: Münster für ein Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen!

Der Rat der Stadt Münster hat in seiner Sitzung am 15. Februar dieses Jahres auf Anregung des Ausländerbeirates eine Resolution verabschiedet, in der er eine rechtssichere und damit humanitäre Lösung des Bleiberechts für länger in Deutschland geduldete Flüchtlinge fordert. Anlässlich der aktuell bevorstehenden Innenministerkonferenz der Länder greift der Rat die Intention der damaligen Initiative des Ausländerbeirates erneut auf und stellt fest:

1. Der Rat der Stadt Münster begrüßt, dass sich inzwischen Vertreter/innen aller Parteien, der Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände der Problematik der Menschen mit langjährigen "Kettenduldungen" angenommen haben und sich für ein wirksames Bleiberecht einsetzen.
2. Der Rat der Stadt Münster appelliert an den Innenminister des Landes NRW, sich im Rahmen der nächsten Innenministerkonferenz am 16. und 17. November 2006 für eine Bleiberechtsregelung einzusetzen, die den langjährig hier lebenden Flüchtlingen und ihren Familien eine faire Integrationschance bietet. Wer seit vielen Jahren in unserer Stadt lebt, seinen Lebensunterhalt mit legaler Arbeit verdient und dessen Kinder in die Schule bzw. in den Kindergarten gehen, soll eine verlässliche Lebensperspektive bekommen.
3. Gleichzeitig appelliert der Rat der Stadt Münster an den Bundesarbeitsminister, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch diejenigen eine Chance erhalten, die arbeitswillig sind und bisher an einer eigenständigen Existenzsicherung gehindert waren. Ziel muss es daher sein, dass die Flüchtlingsfamilien in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können. Der Zugang der Kinder zur beruflichen Ausbildung muss sichergestellt werden.“